

ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

Mai/ Juni 2020

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

Bildung ist der Schlüssel

Uwe Schummer



Uwe Schummer
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

nach den beiden Schutzschirmen gegen die Corona-Krise haben wir nun ein Wachstumspaket verabschiedet, mit dem die Unternehmen und die dort beschäftigten Menschen sehen: Nach der Krise ist vor dem Aufschwung. Neben der Absenkung der Mehrwertsteuer gehören dazu auch Maßnahmen zur Zukunftsfähigkeit der Betriebe. So die steuerliche Begünstigung von energetischen Sanierungen, Mitarbeiterbeteiligung, Zuschüsse für Elektromobilität und ein „Turbo“ für die Wasserstoff-Technologie.

Wir wissen: Der Schlüssel für den Aufschwung ist Investition in Bildung. Bis zur Corona-Krise war die Klage vieler Unternehmen: fehlende Fachkräfte. Deshalb ist es gut, dass wir mit dem Kurzarbeitergeld über sieben Millionen Arbeitnehmer in den Betrieben halten. Nun müssen wir dafür sorgen, dass keine „Corona-Lücke“ in der beruflichen Ausbildung entsteht. Auch in schwierigen Zeiten sollen Unternehmen ihre Ausbildungsverträge erfüllen können. Auch in diesem Jahr soll ein gutes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen bereitgestellt werden. Hierfür hat die Bundesregierung ein 500-Millionen-Paket geschnürt. Es hilft vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen, junge Menschen zu qualifizieren. Dabei unterstützt ein Ausbildungsbonus von 2.000 Euro für Ausbildungsverträge nach der Probezeit. Zusätzliche Ausbildungsverträge sollen einmalig mit 3.000 Euro mitfinanziert werden. Des Weiteren soll Kurzarbeit beschleunigt Auszubildende, wenn notwendig, auffangen.

Wichtig ist auch die Umsetzung der europäischen Entsenderichtlinie bis zum 30. Juli 2020. Wie können wir sicherstellen, dass bei grenzüberschreitender Entsendung von Arbeitnehmern der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort bezahlt wird? Es ist eine Frage von Leistungsgerechtigkeit und Wettbewerbsfairness, dass importiertes Lohndumping

Inhalt

Uwe Schummer - Bildung ist der Schlüssel	1
Marcus Weinberg - Kochlöffel, Laptop und Lernbuch - Familien in der Corona-Krise nicht im Stich lassen	2
Peter Weiß - Arbeitslosigkeit verhindern und Wirtschaft stabilisieren!	3
Gastbeitrag	
Karl-Josef Laumann - Schlachtbranche hat Vertrauen verspielt	4

verhindert wird. Dazu gehören auch die Arbeitsbedingungen, die Unterkunft und der Gesundheitsschutz für Wander-Arbeitnehmer. Nicht nur in Zeiten der Pandemie, sondern generell. Wir wissen, dass Betriebe dann schnell zu Kräften kommen, wenn sie in Menschen investieren. Dazu gehört faire Arbeit. Bildung ist der Schlüssel.

Ihr/ Euer

Uwe Schummer
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Kochlöffel, Laptop und Lernbuch! Familien in der Corona-Krise nicht im Stich lassen

Marcus Weinberg



Marcus Weinberg

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bild: Dennis Williamson

Unsere Gesellschaft befindet sich seit Monaten in einer Ausnahmesituation. Familien leisten Großartiges: Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice gleichzeitig. 24 Stunden reichen dafür kaum. Wie lange halten Eltern das durch? Der Druck, die Anforderungen des Arbeitgebers zu erfüllen, ist groß. Das schlechte Gewissen den Kindern gegenüber auch. In vielen Familien steigt der Druck von Tag zu Tag. Ängste, Stress und Perspektivlosigkeit machen sich breit.

Wir geben den Familien eine Perspektive auf einen geregelten Alltag und eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder. Inzwischen haben Bund und Länder eine schrittweise Rückkehr zum Regelbetrieb der Kindertagesstätten beschlossen. In vielen Bundesländern wurde die Betreuung bereits stark ausgeweitet. Allerdings ist auch klar, dass ein Teil des Fachpersonals in den Kitas

zu den Risikogruppen gehört. Ein Regelbetrieb wird schwer umsetzbar sein. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir Eltern auch finanziell unterstützen. Es besteht ein Entschädigungsanspruch in Höhe von 67 Prozent des Nettoeinkommens für Verdienstauffälle bei behördlicher Schließung von Schulen und Kitas zur Eindämmung der gegenwärtigen Pandemie.

Auf Druck der Familienpolitiker der Union wurde die Dauer der Lohnfortzahlung inzwischen von sechs auf zehn Wochen für jeden Elternteil ausgeweitet. Für Alleinerziehende wird der Anspruch auf maximal 20 Wochen verlängert. Das ist ein wichtiges Signal für alle Familien in diesem Land und eine absolute familienpolitische Notwendigkeit. Im Rahmen des Konjunkturpakets erhalten Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zudem einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind. Alleinerziehende, die in den vergangenen Wochen besonderen Belastungen ausgesetzt waren, werden zusätzlich durch die Verdopplung des steuerlichen Freibetrages in 2020 und 2021 entlastet. Ferner investieren wir in Ganztagsbetreuung und Kita-Ausbau. Um die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen und das Ganztagsschulangebot zu verbessern, erhalten die Länder, die 2020 und 2021 Investitionsmittel abrufen, diese in späteren Jahren zusätzlich. Für den weiteren Kita-Ausbau schießt der Bund 1 Mrd. Euro zu.

Aber nicht nur Eltern und Kinder brauchen eine Perspektive in dieser bedrückenden Zeit. Seniorinnen und Senioren zählen zu den besonderen Risikogruppen bei SARS-Cov-2. Um eine hochgefährliche Ausbreitung des Virus unter den älteren Menschen und in Seniorenheimen zu verhindern, wurden Besucherstopps verhängt, die inzwischen gelockert wur-

den. Auch zuhause lebende Senioren verzichten seit Wochen auf Besuch und persönliche Begegnungen mit Angehörigen und Freunden. Viele Senioren leiden unter der Einsamkeit. Isolation und Einsamkeit führen zu Depressionen und körperlichem Abbau.

Wir stehen in einer besonderen sozialen Verantwortung, Gesundheitsschutz und die Bedarfe nach Begegnung und Kontakt ausgewogen wahrzunehmen und unseren Senioren in dieser Corona-Krisenzeit Perspektiven einer Rückkehr zu den familiären Begegnungen und sozialen Kontakten zu öffnen. Dabei muss die Menschenwürde bei allen Entscheidungen gewahrt und die Bedürfnisse und Wünsche der betroffenen Personen einbezogen werden. Körperliche und seelische Schäden durch die Isolation müssen abgewendet werden. Sterbebegleitung und würdevoller Abschied müssen möglich sein.

Vierorts gibt es bereits kreative Ideen und Konzepte. Wir fordern die Bundesseniorenministerin auf, die weitere Entwicklung der Konzepte in den Ländern zu koordinieren und unter Einbeziehung von u.a. Wissenschaftlern, Ethikern und Seniorenorganisationen Perspektiven für die Seniorinnen und Senioren in Deutschland zu erarbeiten.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantwortl.)
Mitarbeit: Robert Schwoppe, Christina Molzahn
E-Mail: arbeitnehmergruppe@cducsu.de
Foto Titel: Jan Kopetzky

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Arbeitslosigkeit verhindern und Wirtschaft stabilisieren!

Peter Weiß



Peter Weiß

Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Arbeit und Soziales

Bild: Claudia Thoma

Durch die Corona-Krise hat sich in Deutschland viel verändert. Der Lockdown hat die deutsche Wirtschaft zum Erliegen gebracht. Aufträge sind weggefallen, Lieferketten unterbrochen und Umsätze eingebrochen. Unser oberstes Ziel in der Krise war und ist es, Arbeitslosigkeit zu verhindern und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren. Wir wollen möglichst jeden Arbeitsplatz sichern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Zukunftsperspektive geben.

Ein Anstieg der Arbeitslosenquote und eine deutlich höhere Inanspruchnahme von Kurzarbeit als in der Krise 2009 waren leider zu erwarten. Doch es ist ein gutes Signal, dass viele Unternehmen, die seit Monaten unter besonderen Herausforderungen leiden, für ihre Mitarbeiter Kurzarbeit anmelden, anstatt sie zu entlassen. Damit sichern die Betriebe ihr fachliches Know-how und erhalten eine gute Möglichkeit, schnell wieder Tritt zu fassen. Mit den ausdifferenzierten Regelungen zur Inanspruchnahme und zur Höhe des

Kurzarbeitergeldes, aber auch zu den neuen Hinzuverdienstmöglichkeiten, die im Sozialschutzpaket I und II verankert wurden, haben wir dafür ein tragfähiges Gerüst geschaffen - und damit auch ein Fundament für den Aufbruch gelegt.

Insbesondere mit der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit erhalten wir die Liquidität der Unternehmen und sichern Arbeitsplätze. Hätten wir diese Liquiditätshilfen für Unternehmen nicht eingeführt, wären jetzt viele Beschäftigte arbeitslos.

Unser Ziel und unsere Hoffnung sind, dass nach der Krise ein starker wirtschaftlicher Aufschwung möglich wird, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Perspektiven eröffnet.

Neben vielen weiteren wichtigen Regelungen wie der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I haben wir einen Schutzschirm für unsere soziale Infrastruktur aufgespannt, die uns in dieser Krise nicht wegbrechen darf! Wir nehmen die Sorgen unserer sozialen Dienstleister in diesen schwierigen Zeiten sehr ernst und haben daher etwas vollkommen Neues erfunden, was es bisher nicht gab, nämlich das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG). Dieses Gesetz bietet Leistungen für alle sozialen Dienste und Einrichtungen, die in der Krise ihre Angebote ganz oder teilweise zurückfahren mussten.

Deutschland muss schnell wieder auf den Wachstumspfad

Nach den beschlossenen Hilfsprogrammen geht es nun aber darum Deutschland schnell wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen, der Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. Dieses Ziel werden wir durch das im Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 beschlossene Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket umsetzen.

Ich freue mich, dass die wirtschaftlichen und vor allem sozialen Härten der Corona-Krise dadurch weiter abgefedert werden können.

Besonders im Blick haben wir weiterhin die gemeinnützigen Organisationen. Für alle Menschen, die der Hilfe, der Unterstützung, der Beratung und der Begleitung bedürfen, ist es wichtig, dass wir diese Strukturen in unserem Land erhalten. Sie sind Helfer in der Not und halten unsere Gesellschaft zusammen. Daher bin ich sehr froh, dass auch den gemeinnützigen Organisationen geholfen werden kann. Dafür stellt der Bund für 2020 und 2021 insgesamt 1 Mrd. Euro über ein Kreditsonderprogramm der KfW zur Verfügung. Zusätzlich können Jugendherbergen, Familienferienstätten, Sozialunternehmen und Behinderteneinrichtungen auch von den beschlossenen 25 Mrd. Euro Überbrückungshilfen profitieren. Mit diesen Unterstützungsmaßnahmen setzen wir ein weiteres wichtiges Zeichen für übergreifende Solidarität und sozialen Zusammenhalt in der Corona-Krise.

Es ist mir persönlich ebenfalls ein wichtiges Anliegen „Generationen-Corona“ zu verhindern. Bei vielen Unternehmen herrscht Unsicherheit und damit einher geht eine gesunkene Bereitschaft Ausbildungsplätze anzubieten. Gerade jetzt muss der Ausbildungsmarkt für junge Menschen stabil bleiben. Demzufolge kämpfen wir für jeden Ausbildungsplatz. Auszubildende dürfen nicht zu den Verlierern der Corona-Krise werden. Der Lernerfolg von Auszubildenden soll auch in der Pandemie nicht gefährdet werden. Daher werden wir für klein- und mittelständische Firmen Prämien für jeden beibehaltenen bzw. zusätzlichen Ausbildungsplatz anbieten. Dadurch sichern wir unsere Fachkräfte für morgen. Denn der Fachkräftemangel bleibt weiter eine große Herausforderung für unsere Wirtschaft. Wir wollen, dass nicht weniger, sondern mehr in Ausbildung investiert wird.

Schlachtbranche hat Vertrauen verspielt

Gastbeitrag von Karl-Josef Laumann



Karl-Josef Laumann

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

Bild: Jördis Zähning/CDA

Das Werkvertragssystem in der Schlachtbranche hat zu einer Kultur des kollektiven Wegschauens geführt – deshalb gehört es abgeschafft!

Der NRW-Arbeitsschutz hat im Sommer 2019 30 Schlachthöfe – alle wichtigen Akteure der Branche – und 90 Werkvertragsfirmen mit rund 17.000 Beschäftigten kontrolliert. Die Ergebnisse warfen ein verheerendes Bild auf die Fleischwirtschaft.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten insgesamt 8.752 Mängel und Verstöße auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes fest: 5.863 Verstöße im Bereich des Arbeitszeitrechts, 2.481 im Bereich arbeitsmedizinische Vorsorge, 296 technische Arbeitsschutzmängel sowie 112 Mängel in der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes. 26 Unternehmen wiesen jeweils eine gravierende Zahl von Mängeln auf. Nur zwei Unternehmen – die nach unserer Kenntnis ausschließlich mit festen Belegschaften arbeiten – stachen positiv

hervor: Ein Hinweis, dass die Probleme der Fleischindustrie eng mit dem Werkvertragssystem zusammenhängen.

Um eines vorweg zu sagen: Ich halte Werkverträge nicht grundsätzlich für schlecht. Es gibt Branchen, wie die Chemie- und Automobilindustrie, in denen das System funktioniert. Probleme entstehen, wenn Unternehmen entscheiden, ihr Kerngeschäft auszulagern. Das ist schädlich. Denn mit der Auslagerung des Kerngeschäfts beginnt ein Prozess der Auslagerung von Verantwortung. Genau das ist in der Fleischindustrie geschehen und führte zu den Zuständen, die wir heute haben.

Im Zuge der Kontrollaktion wurden 86 Bußgeldverfahren eingeleitet. Das klingt nach wenig, aber in einem Bußgeldverfahren werden mehrere Verstöße in einem Unternehmen gebündelt geahndet. In meinen Augen viel zu niedrig angesetzt sind dagegen die Bußgelder. Beispielsweise musste regelmäßig für mehrere hundert Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz die bei Fahrlässigkeit maximal zulässige Bußgeldhöhe von insgesamt 7.500 Euro festgesetzt werden. Dies dürfte keine große Abschreckung darstellen.

Für die Landesregierung war nach der Arbeitsschutzaktion klar, dass wir handeln mussten. Unsere Strategie fußte dabei auf zwei Säulen: Den Kontrolldruck auf die Branche dauerhaft aufrechtzuerhalten – in diesem Zuge warben wir auch intensiv um eine digitale Zeiterfassung in der Fleischwirtschaft – und gleichzeitig den Dialog zu suchen. Dies sollte den Unternehmen die Möglichkeit geben, sich von innen heraus zu verändern.

Dann kam Corona und vergrößerte die Probleme wie unter einem Brennglas: auch beim Werkvertragssystem. Der Corona-Ausbruch unter Werkvertragsarbeitnehmern eines Schlacht-

hofs in Coesfeld zeigte, dass die Branche am System des organisierten Wegschauens festhielt.

Wir haben deshalb die bis dahin größte Reihentestung in Deutschland veranlasst und rund 18.000 Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalens Schlachthöfen auf Corona getestet und ihre Unterkünfte überprüft. Insgesamt waren 418 Menschen in acht Betrieben infiziert. Jenseits der Grenze hat mein niederländischer Amtskollege ebenfalls Kontrollen mit vergleichbaren Ergebnissen durchführen lassen. Ein weiterer, erheblich größerer Corona-Ausbruch in einem Schlachthof in Rheda-Wiedenbrück Mitte Juni bestätigte schlussendlich meine Überzeugung: Die Branche ist aus sich selbst heraus nicht reformierbar.

Konsequenzen sind folgerichtig

Ich will es hier noch einmal feststellen: Die Missstände in der Fleischbranche waren seit Jahren bekannt. Die Industrie hat wieder und wieder Besserung gelobt. Man hat zwar auch den Mindestlohn in der Branche eingeführt und das Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft (GSA Fleisch) verabschiedet. Doch nach all diesen Jahren muss man nüchtern feststellen: Es hat sich so gut wie nichts an den grundlegenden Problemen geändert. Hier ist für mich jegliches Vertrauen verspielt worden.

Deshalb ist es folgerichtig, dass die Bundesregierung nun ein weitreichendes Paket vorgelegt hat, um die Situation der Beschäftigten in den Schlachtbetrieben zu verbessern. Was mich besonders freut ist, dass sie dabei zahlreiche Vorschläge meines Ministeriums aufgriff – und dass das Paket endlich auch ein Verbot von Werkverträgen in der Fleischbranche vorsieht. Maßnahmen wie höhere Bußgelder, bessere Kontrollmöglichkeiten in den Unterkünften und eine digitale Zeiterfassung lassen mich hoffen, dass wir das System der kollektiven Verantwortungslosigkeit in der Fleischwirtschaft endlich beenden können.